

06.12.2022

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu dem „**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)**“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 18/1200 und 18/1500 (Ergänzung)
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/1903

Kapitel 03 110 Polizei

Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erhöhung des Baransatzes

HH 2023	Ansatz lt. HH 2022
von 580.949.500 Euro	552.345.900 Euro
um 525.000 Euro	
auf 581.474.500 Euro	

Schaffung von 12 Planstellen und Stellen zur Verbesserung der Früherkennung sowie Auswertung und Analyse linksextremer Radikalisierung und zunehmender Militanz der linken Szene

von 0 LG 2.2
um 7 LG 2.2
auf 7 LG 2.2

und

von 0 LG 2.1
um 5 LG 2.1
auf 5 LG 2.1

Begründung:

Datum des Originals: 06.12.2022/Ausgegeben: 06.12.2022

Bereits der Haushaltsentwurf 2021 sah im Kapitel 03 110 Polizei unter anderem 25 neue Planstellen und Stellen zur Verbesserung der Früherkennung sowie Auswertung und Analyse des islamistischen- und Rechtsterrorismus vor (vgl. Vorlage 17/3968, S. 19f.).

Gemeinsam mit zusätzlichen 55 neuen Planstellen und Stellen für die operative Stärkung der Terrorbekämpfung sollten diese nach Mitteilung der Landesregierung „in den Kriminalinspektionen Staatsschutz der Kriminalhauptstellen sowie den Abteilungen Terrorismusbekämpfung und Staatsschutz des Landeskriminalamts NRW sowie spezifisch unterstützenden Organisationseinheiten (z.B. Finanzermittlungen, Kriminaltechnik) mit den Tätigkeitsschwerpunkten der Früherkennung sowie Auswertung und Analyse Islamistischer Terrorismus und Rechtsterrorismus tätig werden“ (Vorlage 17/4161, S. 7).

Neue Planstellen und Stellen zur Verbesserung der Früherkennung sowie Auswertung und Analyse linksextremer Radikalisierung und zunehmender Militanz der linksextremen Szene waren zum damaligen Zeitpunkt allerdings nicht vorgesehen und sind es auch weiterhin nicht.

Und das obwohl der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz bereits in seinem Jahresbericht für das Jahr 2018 feststellen musste, was auch der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, in einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bestätigte: Die Militanz in Teilen der linksextremen Szene nimmt merklich zu (vgl. Vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2019): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2018, Düsseldorf, S. 158ff. und Frankfurter Allgemeine Zeitung (2020): „Bei Linksextremisten sinkt die Hemmschwelle“. Verfassungsschutzpräsident Haldenwang im Gespräch, Nr. 23, S. 2).

In Antwort auf die Kleine Anfrage 3380 vom 5. Februar 2020 des Abgeordneten Markus Wagner AfD bestätigte die Landesregierung zudem, dass sich der festgestellte Prozess einer Entgrenzung und Enthemmung bei der Anwendung von Gewalt im Bereich der Besetzerszene im Hambacher Forst fortgesetzt hat (vgl. Drs. 17/8790, S. 2).

Auch die Radikalisierung bis hin zu gezielten Tötungen und der Bildung terroristischer Strukturen scheinen nunmehr zumindest denkbar:

„Demnach scheint „die Herausbildung terroristischer Strukturen im Linksextremismus“ möglich. Die „Intensität der Gewalttaten“ habe sich erhöht. „Scheinbare ‚rote Linien‘ würden überschritten“. Daher erscheine „auch der Schritt zur gezielten Tötung eines politischen Gegners nicht mehr völlig undenkbar.“

Mit diesen Worten fasste die WELT eine Analyse des Bundesamts für Verfassungsschutz zusammen, in der eine deutliche Radikalisierung in Teilen der gewaltorientierten linksextremistischen Szene festgestellt worden war. Auch in Nordrhein-Westfalen sind Anhaltspunkte für eine derartige Entwicklung zu erkennen.

(vgl. Welt (2020): Verfassungsschutz sieht „Gefahr eines neuen Linksterrorismus“:<https://www.welt.de/politik/deutschland/article209962317/Verfassungsschutz-Gefahr-eines-neuen-Linksterrorismus.html>.)

Im Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2020 stellte die Landesregierung fest, dass militante Linksextremisten politische Gegner nunmehr auch in ihrem privaten Umfeld angegriffen haben.(vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2021): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2020, Düsseldorf, S. 146). Auch in diesem Bericht spricht die Landesregierung von einer zunehmenden Radikalisierung, die bundesweit und in NRW zu konstatieren ist und sich insbesondere auf eine Veränderung der Qualität der Gewaltanwendung bezieht. Zwar sind professionell agierende Kleingruppen, die

Straftaten gegen Leib und Leben von Einzelpersonen verüben, vor allem in anderen Bundesländern beobachtbar. Allerdings können solche Tendenzen partiell auch in NRW festgestellt werden (vgl. ebd., S. 156), wenngleich die Bedingungen für die Herausbildung terroristischer Strukturen in NRW kurzfristig nicht erfüllt seien (vgl. ebd., S. 157).

Die berichtete Welt.de kürzlich, dass eine zunehmende Radikalisierung bei Klimagruppen wie z. B. „Letzte Generation“ festzustellen sei. Der Verfassungsschutz sieht ebenfalls einen wachsenden Einfluss gewaltbereiter Linksextremisten auf die Klimabewegung in Deutschland. (vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus240069137/Letzte-Generation-Strassenblockierer-profitieren-von-Foerdergeldern.html>).

Und auch die Publizistin Bettina R., Tochter der RAF-Terroristin Ulrike Meinhof, warnte bereits vor einer sich neu etablierenden Klima-RAF. Denn „bei den Klimaaktivisten kann dieser hysterische Kipppunkt zu Gewalt und Terror schnell erfolgen. (vgl. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/letzte-generation-warnung-neue-raf/>).

Es erscheint vor dem Hintergrund dringend erforderlich, ebenfalls 12 Stellen zur Verbesserung der Früherkennung sowie Auswertung und Analyse linksextremer Radikalisierung und zunehmender Militanz der linksextremen Szene zu schaffen, um etwa die Bildung linksterroristischer Netzwerke und die Planung linker Mordanschläge in einem möglichst frühen Stadium aufklären zu können.

Markus Wagner
Dr. Martin Vincentz
Andreas Keith

und Fraktion